

# „Für Österreich wäre Verunsicherung fatal“

Für Anton Hofreiter, Fraktionschef der deutschen Grünen, hat die Bundespräsidentenwahl Bedeutung für ganz Europa. Das Erstarken der Populisten erklärt er damit, dass Teile der Bevölkerung übersehen wurden.

INTERVIEW: Birgit Baumann

STANDARD: Wird die Bundespräsidentenwahl am Sonntag Auswirkungen auf Deutschland haben?

**Hofreiter:** Ich verfolge die Wahl mit großem Interesse. Schon weil ich aus Bayern stamme und familiäre Beziehungen nach Österreich habe. Aber die Wahl hat Bedeutung für ganz Europa. In diesen unsicheren und unruhigen Zeiten ist es erst recht wichtig, dass jemand mit Verstand und Vernunft Staatschef wird.

STANDARD: Es ist unschwer zu erraten, wen Sie als Grüner meinen.

**Hofreiter:** Van der Bellen steht für Anstand und respektvollen Umgang mit allen Menschen, auch denen, die eine andere Meinung haben. Seine Wahl wäre ein wichtiges Zeichen für Toleranz und Meinungsfreiheit. Und wir brauchen Staatschefs, die Europa stärken und zusammenhalten. Alle EU-Mitgliedsstaaten sind allein zu klein, um Herausforderungen wie Globalisierung und Klimakrise zu bewältigen. Ein Auseinanderdriften der EU führt zu Verunsicherung, das hat das Brexit-Votum gezeigt. Für ein Land wie Österreich, das so stark vom Import und Export lebt, wäre diese Art von Verunsicherung fatal.

STANDARD: Viele, die Norbert Hofer wählen, tun dies aus Enttäuschung über die anderen Parteien. Können Sie das nachvollziehen?

**Hofreiter:** Dauerhafte große Koalitionen tun einer Demokratie nicht gut. Und man hat, nicht nur in Österreich, zu lange Teile der Bevölkerung übersehen. In den USA ist

das noch ausgeprägter. Auch in Deutschland gilt: Der Wohlstand ist nicht bei allen gleichmäßig angekommen. Das spaltet die Gesellschaft. Es ist eben nicht egal, was Reinigungskräfte verdienen. In Deutschland haben wir zum Beispiel den Mindestlohn zu spät eingeführt.

STANDARD: Brächte ein Sieg von Norbert Hofer der Alternative für Deutschland (AfD) Schub?

**Hofreiter:** Man kann Lehren für Deutschland ziehen: Wir dürfen nicht den Populisten hinterherlaufen, damit macht man sie gesellschaftsfähig und stärkt sie. Denn am Ende wählen die Leute das Original. Was das „Denen da oben zeig ich's mal“ betrifft: Deshalb haben viele Briten für den Brexit gestimmt. Den wirklich Reichen schadet diese Entscheidung nicht. Aber die Arbeiter und Angestellten, die haben sich quasi selbst ins Gesicht geschlagen, weil ihre Jobs jetzt unsicherer sind.

STANDARD: In Deutschland wird die AfD immer stärker. Wie sollten die etablierten Parteien mit dieser neuen Konkurrenz umgehen?

**Hofreiter:** Man muss sich genau anschauen, wer AfD wählt und warum. Das sind zum Teil Rechtsradikale. Aber es sind auch klassische Konservative, die vor dem ewigen Streit bei CDU und CSU geflüchtet sind. Und es gibt dann noch jene Menschen, die sozial abgehängt sind und sich von den etablierten Parteien einfach nicht mehr vertreten fühlen.



Foto: APA/EPA/Flip Singer

Die Anti-EU-Stimmung, wie hier bei einer Demo in Tschechien, könnte in Österreich bei einem Sieg von Norbert Hofer stärker werden, fürchtet Anton Hofreiter, Grünen-Fraktionschef im Bundestag.

STANDARD: Die Grünen sind von der Verantwortung befreit?

**Hofreiter:** Nein, die dritte Gruppe geht uns alle etwas an. Das sind zum Beispiel Menschen, die auf dem Land wohnen und erleben, wie sich der Staat immer weiter zurückzieht. Es fährt kein Bus mehr in ihr Dorf, es gibt dort keine Bank, keine Apotheke, keine Bibliothek mehr. Der Staat muss wieder in die Infrastruktur investieren und präsent sein.

STANDARD: Sie kritisieren als Oppositionsmitglied im Bundestag auch die Regierung. Wie wollen Sie verhindern, dass davon die AfD profitiert?

**Hofreiter:** Man muss die Kritik richtig vorbringen, präzise Ross und Reiter nennen. Wir dürfen also nicht „die Politik“ schlechtmachen, sondern konkret Versäumnisse der Bundesregierung aufzählen. Und man muss die AfD klar in die Schranken weisen, wenn sie behauptet, allein für das Volk zu sprechen. In Dresden ha-

ben 500 Menschen Anfang Oktober bei der Einheitsfeier gepöbelt. Die AfD meinte, das sei Volkes Stimme. Das ist maßlos übertrieben. Der ganz große Teil des Volkes benimmt sich so nicht.

STANDARD: Die Grünen koalieren in deutschen Landesregierungen mittlerweile mit durchaus unterschiedlichen Partnern – mit CDU, SPD, FDP und Linken. Sind sie beliebig geworden?

**Hofreiter:** Eine demokratische Partei muss mit allen demokratischen Parteien koalitionsfähig sein. Es kommt dabei jedoch entscheidend auf die Bedingungen an, darauf, welche Inhalte man durchsetzen kann. Das muss klar und transparent vorgebracht werden.

STANDARD: Wie passt diese Klarheit zum wolkigen Vorhaben der Grünen, „Superreiche“ zu belasten?

**Hofreiter:** Damit sind Multimillionäre gemeint, das reichste eine Prozent Deutschlands. Es geht

nicht, dass Buchläden und Kaffeehausbesitzer ihre Steuern zahlen, Amazon und Starbucks hingegen nicht.

STANDARD: Vier Personen wollen die deutschen Grünen in die Bundestagswahl 2017 führen, zwei werden gerade per Urwahl ermittelt. Warum bewerben Sie sich?

**Hofreiter:** Ich stehe klar für ökologische Themen wie Klimawandel, Landwirtschaft und Mobilität, außerdem für Fragen der Gerechtigkeit. Ich kann Kante zeigen, wenn es nötig ist und damit deutlich machen, dass wir nicht beliebig sind, sondern konsequent für eine zukunftsfähige Politik eintreten.

**ANTON HOFREITER** (46) ist promovierter Biologe und stammt aus Bayern. Er sitzt seit 2005 für die Grünen im Bundestag, 2013 wurde er zum Fraktionschef gewählt. Hofreiter führt die Fraktion mit Katrin Göring-Eckardt und will 2017 Spitzenkandidat der Grünen werden.

Alle EU-Mitgliedsstaaten sind allein zu klein, um diese Herausforderungen zu bewältigen.



Foto: AFP/Schwarz

## Hollande wirft das Handtuch

Französischem Präsidenten fehlt die Unterstützung für neuerlichen Antritt

Stefan Brändle aus Paris

Es war einer der seltenen Momente, in dem François Hollande echte Gefühle zeigte: Feierlich bewegt, aber auch betreten und gehemmt verkündete der 62-jährige Sozialist den Entscheid, auf den Frankreich und vor allem die französische Linke seit Wochen gewartet hatten. „Ich habe beschlossen, nicht Kandidat zu sein“, erklärte er nach einer zehnmündigen Aufwärmrede, in der er die Bilanz seiner eigenen Tätigkeit seit 2012 im Elysée-Palast zog.

Er habe nicht die nötige Unterstützung, begründete er den Schritt mit einem Satz, der allerdings die ganze Wahrheit enthielt. Einen Wunschnachfolger nannte Hollande nicht. Der sehr kurzfristig anberaumte Auftritt erfolgte wenige Tage nach der diskussionslosen Nominierung des Konservativen François Fillon für die Präsidentenwahlen. Dies erhöhte noch den Druck auf Hollande, das Handtuch zu werfen, um die Blockade der französischen Linken zu lösen. Der höchst unpopuläre Präsi-

dent galt als Hindernis für eine auch nur potenziell erfolgreiche sozialistische Kandidatur: Ihm selbst wurden keinerlei Wiederwahlchancen eingeräumt; zugleich aber behinderte er aber andere Kandidaturen.

In Paris löste die Ankündigung Hollandes nur zum Teil Überraschung aus, zumal die letzten Umfragen geradezu verheerend ausgefallen waren. Seit der Primärwahl der Republikaner gelten Fillon und die Rechtsextremistin Marine Le Pen mit 29 und 23 Prozent als für die Stichwahl gesetzt; den Linkskandidaten Manuel Valls und Emmanuel Macron werden 14 oder elf Prozent zugeschrieben – immer noch mehr als Hollande, der sich mit kläglichen 7,5 Prozent abfinden musste.

Wer die französische Linke im nächsten April in die Präsidentschaftswahlen führen wird, ist offen. Hollandes ehemaliger Wirtschaftsminister Macron, der sich in der politischen Mitte situiert, hat seine unabhängige Kandidatur bereits erklärt. Auf der Linken tritt Jean-Luc Mélenchon an, der auch

die Unterstützung der Kommunisten Partei hat. Entschieden werden soll im Jänner. Am Donnerstag hat die Eingabefrist für die Kandidaturen begonnen; aber sowohl Macron wie Mélenchon haben bereits klargemacht, dass sie daran nicht teilnehmen werden. Allgemein wird damit gerechnet, dass Hollandes Premier Valls für die Sozialisten ins Rennen steigen wird. Das Problem ist Macron: Die beiden stehen sich politisch sehr nahe und dürften sich im Wahlkampf beständig auf die Füße treten. Alle Umfragen zeigen, dass keiner der beiden in die Stichwahl vordringen kann, wenn beide kandidieren.

Dreikampf erwartet

Nach jetzigem Stand scheint ein Dreikampf Macron-Valls-Mélenchon auf der Linken am wahrscheinlichsten. Andere Varianten sind jedoch denkbar. Der Verzicht Hollandes macht zwar einmal klar, wie zerstritten die französische Linke und ihre einzelnen Kandidaten sind. Aber er ermöglicht es den Sozialisten, Kommunisten und Grünen endlich auch, ihre Wahlkampagne zu planen – jetzt, nachdem die Unbekannte Hollande weggefallen ist.



Hollande hatte nicht die notwendige Unterstützung.

Foto: AFP

4. DEZEMBER: VAN DER BELLEN WÄHLEN

MEHR DENN JE!

UNSER PRÄSIDENT. FÜR DAS ANSEHEN ÖSTERREICHS.